„... ein Wahrzeichen und eine Verheißung unseres kommenden Sieges"

Die KPD über die Münchener Räterepublik und ihre Lehren

60. Jahrestag

Novemberrevolution — Gründung der KPD

Am 14. Januar 1920 erhielt die Universität Leipzig von der Universität München die Abschrift einer sogenannten „Disziplinarerkenntnis", die ein Verzeichnis der Disziplinarstrafen enthält, die gegen sieben Mitglieder des „revolutionären Hochschulrates" verhängt worden sind, nebst einer Darlegung der Gründe. Die Abschrift trägt den bezeichnenden handschriftlichen Vermerk „In die schwarze Liste eintragen".

In den Aktenbeständen des Leipziger Universitätsarchivs findet sich ferner ein gedrucktes Material zum Thema „Die Universität München während der dritten Revolution 7. April bis 1. Mai 1919." Aus dieser innerhalb der Herrschenden entstandenen Quelle über die revolutionäre Bewegung ist folgender Passus aufschlußreich:

„7. 4. In den frühen Morgenstunden erschienen im Universitätsgebäude Mitglieder der Gruppe sozialistischer Akademiker, die sich als revolutionärer Studentenrat, später revolutionärer Hochschulrat, oder Sechserrat bezeichnen, weisen eine Vollmacht des Volksbeauftragten für Aufklärung Gustav Landauer (Der Anarchist war Mitglied des Revolutionär-

Gedanken zu einem Zeitdokument

... des Arbeiterrates in München und hatte mit E. Mühsam die Proklamation für die Ausrufung der Scheinrepublik entworfen. Am 2. Mai 1919 wurde er in München-Stadelheim ermordet.), vor, durch die sie sich unbeschränkte Verfügungsgewalt über die Universität und zur Durchführung ihres Hochschulprogramms Vollmacht hatten, lassen eine rote Fahne auf dem Universitätsgebäude hissen ... erklären den Aktionsausschuß für dem auch vom Senat gewählte Vertreter mitarbeiteten) für abgesetzt, die Universität für besetzt und geschlossen."

Das Aktionsprogramm der „Gruppe sozialistischer Akademiker München's" zur „Revolutionierung der Hochschule", das zwölf Übergangsforderungen bis zur Universitätsverfassung enthält, wird mit folgenden Sätzen eingeleitet:

„In die sozialistische Erneuerung des Schulwesens muß auch die höchste Bildungsstätte, die Universität, einbezogen werden. Die Hochschulen, die eine Stütze der Klassenherrschaft waren und nur den Söhnen und Töchtern der Reichen offen standen, müssen hin fort ihre Pforten den bildungsdurstigen Menschen aller bisher von ihr ausgeschlossenen Volksschichten öffnen; Wissenschaft und Volk müssen von dem Bildungsmonopol der Bourgeoisie erlöst werden." Wenn auch an dieser Stelle eine ausgewogene Wertung dieses Programms und der Maßnahmen der Münchner Studenten erfolgen kann, so ist doch offensichtlich, daß eine solche Ausgangsthese zu den Prinzipien der bürgerlichen Universität vor sechs Jahrzehnten im schreienden Widerspruch stand. Soweit die sich im Universitätsarchiv befindlichen Materialien diesen Schluß zulassen, hat der „revolutionäre Hochschulrat" — wenn auch zaudernd, zögernd und inkonsequent — versucht, mit der Verwirklichung dieser Leitthese zu beginnen. So veranstaltete er am 17. April abends für Professor einen Vortrag über das „Kommunistische Manifest". Am 23., 24., 25., 28. und 29. 4. folgten weitere Vorträge über „Sozialismus und Bolschewismus" und über „Literatur des Sozialismus".

G. K./G. S.

Wenn heute die Münchener oder Bayrische Räterepublik auch in die Novemberrevolution eingeordnet wird, so besitzt sie doch relativ selbständige Bedeutung, da in München — wenn auch nur für kurze Zeit — die Herrschaft der Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräte errichtet worden ist, wobei sich die Bewegung auf die bayrische Landeshauptstadt im wesentlichen beschränkte. Dieser relativ selbständige Charakter ist während der gesamten Weimarer Republik durch die KPD mehr betont worden, als in den neuesten Darstellungen zur Geschichte der Novemberrevolution, wobei vielfach durch die Einbeziehung der Vorgeschichte und das Ziehen von Querverbindungen zur Situation in Deutschland und der internationalen Lage der historische Zusammenhang gewahrt blieb.

Was war geschehen?

Am 6. April 1919 bildeten Vertreter der USPD, der Anarchisten und des Bayrischen Bauernbundes in München einen „Rat der Volksbeauftragten". Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte proklamierte am 7. April die Errichtung der Räterepublik Bayern. Da der Rat der Volksbeauftragten die Machtpositionen der Bourgeoisie unangetastet ließ und die Räterepublik sich nach wenigen Tagen auf die Landeshauptstadt beschränkte, ist sie als Münchener Schein-Räterepublik in die Geschichte eingegangen.

Als am 13. April diese Schein-Räterepublik durch einen konterrevolutionären Militärputsch gestürzt werden sollte, schlugen die revolutionären Kräfte den Putsch nieder und errichteten eine wirkliche Räterepublik. Die Räteregierung setzte sich aus Kommunisten, Angehörigen der USPD und Intellektuellen zusammen, die zum Anarchismus neigten. Sie ergriff Maßnahmen gegen die Bourgeoisie. Trotz aufopferungsvoller Kämpfe erlag die Münchener Räterepublik am 3. Mai der konterrevolutionären Übermacht.

Zwei Ursachen waren dafür maßgebend, daß sich die KPD bereits während der revolutionären Nachkriegskrise mit der Münchener Räterepublik befaßte. Die junge Partei hatte einerseits das Bedürfnis, ihre eigene Haltung während der Münchener Ereignisse zu analysieren, um daraus Lehren für die künftige Politik zu ziehen und andererseits einem großangelegten antikommunistischen Feldzug entgegenzutreten, in dem die Kämpfer der Münchener Räterepublik nach ihrer physischen Vernichtung auch moralisch erledigt werden sollten. Trotz unterschiedlicher ideologischer Positionen, die in der eben erst gegründeten Partei vorhanden sein mußten, konnten einmütige Auffassungen über den Charakter der Räterepublik vom 7. April 1919 und die Aussichtslosigkeit der isolierten Bewegung erzielt werden. Typisch dafür ist die in „Die Kommunistin" vertretene Ansicht, daß die Schein-Räterepublik unter der Führung von unabhängigen Sozialisten, Anarchisten und politischen Glücksrittern zu existieren begonnen habe und das Bekenntnis P. Frölichs: „Wir Kommunisten hielten eine Räterepublik, die sich allein über Bayern erstreckt,

Zur Bewaffnung

Die Bewaffnung der Arbeiter erfolgt in den Betrieben durch die Betriebsräte. In erster Linie werden die Waffenbestände überprüft.

Für Waffenankäufe werden sofort Anweisungen unter Leitung von Waffenfachleuten eingeleitet. Alle Waffenbesitzer sind nur von Waffenankäufen auszuschließen.

Die Betriebsräte haben an Hand von Listen, welche Namen und Waffennummern enthalten, eine strenge Waffenkontrolle auszuüben.

Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in München

Flugblatt des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte.

für eine Unmöglichkeit, weil Bayern sich wirtschaftlich nicht selbst genügen konnte, industriell rückständig war und die stark überwiegende landwirtschaftliche Bevölkerung für die Revolution überhaupt nicht, wohl aber für die Gegenrevolution in Betracht kam ... Das bayrische Proletariat ist außerdem nur in den wenigen industriellen Großbetrieben wirklich revolutionär gesinnt ..."

Sollen sich Kommunisten an aussichtslosen Kämpfen beteiligen?

Entgegengesetzte Antworten sind jedoch auf die Frage, ob es richtig war, daß sich die Kommunisten nach dem 13. April an die Spitze der Bewegung stellten und eine wahre Räterepublik errichteten, gegeben worden. Die erste Antwort lautete, daß die Kommunisten der durch den Angriff der Konterrevolution spontan entstandenen Verteidigungsbewegung nicht durch passive Kritik in den Rücken fallen konnten, sondern die Situation nutzen mußten, um den Massen den wahren Inhalt proletarischer Rätemacht zu demonstrieren. Die zweite besagte, daß die Kommunisten, die die Aussichtslosigkeit einer isolierten Räterepublik erkannt hatten, sich an der Bewegung nicht beteiligen durften, sondern die Massen hätten warnen müssen. Der Autor dieses Beitrages — der spätere Renegat Paul Levi — suchte seine objektiv falsche Haltung, deren Modelifall bereits in der Polemik Lenins gegen Plechanow widerlegt worden ist, mit der Haltung der Bolschewiki in der Julikrise 1917 zu rechtfertigen. Das war ohne eine Verfälschung der Ereignisse nicht möglich.

Demonstration bewaffneter revolutionärer Arbeiter und Soldaten in München am 22. April 1919.

Wenn W. Hirsch 1939 bemerkte, daß „das Problem dieser Etappe des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland in der parteigeschichtlichen Wertung durch die Auseinandersetzung mit Paul Levi und seinen opportunistischen Angriffen auf die Münchener Kommunisten hinreichend geklärt wurde," so kann man dem insofern zustimmen, daß bereits während der revolutionären Nachkriegskrise wichtige Akzente besonders für die Beurteilung der Haltung der Münchener Organisation der KPD gesetzt worden sind.

Selbstverständlich konnte die KPD die Gesamthaltung Paul Frölichs, der im Dezember 1928 infolge seiner parteifeindlichen, fraktionellen Tätigkeit ausgeschlossen werden mußte, nicht billigen. Sie hat jedoch die von ihm vollbrachten positiven Leistungen — darunter seine richtige Position in der Beurteilung der Münchener Ereignisse 1919/20 stets geachtet.

Welchen Charakter trug die Münchener Räterepublik?

In den in der DDR erschienenen Standardwerken zur deutschen und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wird zwar die Unterscheidung zwischen der „Schein-Räterepublik" und der Zeit einer „wirklichen" oder „wahren Räterepublik" und der Zeit einer „wirklichen" oder „wahren Räteregierung", die bereits in der Geschichtsschreibung der KPD getroffen worden ist, vorgenommen, wobei jedoch im Gegensatz zur Geschichtsschreibung von KI und KPD offenbar eine gewisse Scheu besteht, klar auszusprechen, daß unter der „wahren Räteregierung" mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats begonnen worden ist. Diese Scheu resultiert offensichtlich aus der Bestimmung des Charakters der Novemberrevolution und der Einbeziehung der Münchener Räterepublik in diesen Prozeß. Typisch für die KPD war, daß die Münchener oder Bayrische Räterepublik als proletarischer Aufstand, als Teil der proletarischen Revolution in Deutschland eingeschätzt worden ist. Das wird durch Aussagen, die in den speziell den Münchener Ereignissen gewidmeten Quellen enthalten sind, bestätigt. So stellte das Exekutivkomitee der Komintern in seinem Aufruf vom 30. April 1919 anläßlich des 1. Mai die „Sowjetrepublik in Bayern" in eine Reihe mit den Sowjetrepubliken in Rußland und Ungarn.

F. Rubiner unterschied 1925 zwischen der „Schein-Räterepublik" und dem „kurzen heldenhaften Abschnitt der proletarischen Herrschaft in München". A. Abusch nannte die zweite Räterepublik den „ruhmreichen Vorboten der kommenden Diktatur des Proletariats in Deutschland", den „ersten größeren Versuch, in Deutschland die proletarische Diktatur zu errichten" und trennte ebenfalls die „Schein-Räterepublik" von der „Geburtsstunde der proletarischen Diktatur." W. Hirsch bezeichnete sie als die „erste Arbeiterrepublik auf deutschem Boden", „das geschichtliche Produkt des revolutionären Kampfes der Arbeiterschaft von München", während er die Schein-Räterepublik als eine „Karikatur der proletarischen Diktatur und der Sowjetmacht" ansah.

Warum erlitt das Proletariat eine Niederlage?

Da die KPD auch die Geschichte der Münchener Räterepublik vorrangig unter dem Gesichtspunkt untersuchte, welche Lehren daraus zu ziehen sind, maß sie der Suche nach den Ursachen ihrer Niederlage hohe Bedeutung bei.

In der berühmten Rede vor Gericht führte Eugen Lewine, der Führer der Münchener Kommunisten, aus, daß die Räterepublik an der falsch verstandenen Parole der Einigkeit gescheitert sei. Schrittweise gelangte die KPD zu einer immer differenzierteren Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Niederlage. Während sich die KAPD lediglich mit der Feststellung begnügte, daß die Räterepublik an der Isolierung Bayerns und der Schwäche der Münchener Arbeiterschaft gescheitert sei, ging die KPD im Prozeß der verstärkten Aneignung des Leninismus dazu über, die Gründe für diese Schwäche der Münchener Arbeiterschaft zu suchen. Ebenso wie bei der Analyse der Ursachen der Niederlage der Novemberrevolution gelangte sie zu dem Ergebnis, daß die Münchener Räterepublik auch daran scheiterte, daß eine „revolutionäre bolschewistische Partei" fehlte, daß die KPD „noch nicht die Bedeutung der Organisierung der Revolution, ein Werk, dem unsere russische Bruderpartei, ein Vierteljahrhundert zähester, zielklarer Arbeit gewidmet hat", erfaßte, daß das Proletariat über ergebene Führer, alte revolutionäre Kämpfer verfügte, aber „die eiserne Kohorte der Revolution, die bolschewistische Partei, fehlte". Stellvertretend für die in den Arbeiten, die anläßlich des zehnten Jahrestages der Räterepublik erschienen sind, sei ein Beitrag von A. Abusch angeführt, in dem folgende Ursachen genannt werden:

— das „Fehlen einer disziplinierten bolschewistischen Massenorganisation in Deutschland", das verhängnisvoll in Erscheinung trat und Münchens tragischen Untergang erleichterte;

— die desorganisierende schwankende, heimtückisch verräterische Politik der USPD-Führer;

— das Fehlen von klaren politischen Räten;

— die mangelhafte Verankerung der Räterepublik im agrarisch-klerikalen Hinterland Münchens;

— die unzulässige Lösung der Probleme des revolutionären Eingriffs in den Wirtschafts- und Verwaltungsapparat infolge der Unkenntnis der Erfahrungen der Partei der Bolschewiki;

— die fehlenden Erfahrungen in der Bekämpfung der Konterrevolution;

— die nicht erfolgte Unterstützung durch das Ausbleiben eines beschleunigten Ganges der Revolution in Deutschland.

Zum Verständnis der Münchener Räterepublik hat beigetragen, daß sie einerseits unter dem Aspekt einer Provokation mit den Januarkämpfen und andererseits unter dem einer proletarischen Revolution in ihrer zweiten Phase mit der Pariser Kommune verglichen und in historisch-literarischen Beiträgen behandelt worden ist.

Wenn R. Luxemburg in „Die Ordnung herrscht in Berlin" schrieb, daß der Endsieg der Revolution nur durch eine Reihe von „Niederlagen" vorbereitet werden könne, so ist die Niederschlagung der Münchener Räterepublik von der KPD in diesem Sinne — wie es in „Die Internationale" heißt — als „ein Wahrzeichen und eine Verheißung unseres kommenden Sieges" gewertet worden.

(Der Verf. dankt Dr. Monika Gibas für das Überlassen bisher unveröffentlichter Materialien.)

Günter Katsch

Konterrevolutionäre Truppen in München.

Rezensiert:

Wolfgang Ruge:
Novemberrevolution. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918/19.
Dietz Verlag, Berlin 1978, 192 Seiten

Die in der Schriftenreihe Geschichte des Dietz Verlages erschienene Abhandlung „Novemberrevolution" von W. Ruge wendet sich an einen breiten Leserkreis. In acht teilweise sehr lebendig geschriebenen Abschnitten skizziert der profilierte Berliner Historiker die Grundzüge der Entwicklung von Januar 1918 bis zu den Tagen von München im Mai 1919. Der Beginn der Revolution, die Gründung der KPD und die Frühjahrskämpfe werden eigenständig behandelt, der Charakteristik des Rates der Volksbeauftragten als gegenrevolutionäre Revolutionsregierung und der Darstellung des Wettlaufs von Revolution und Konterrevolution wird berechtigt Raum gegeben.

Die Schrift besticht durch die gelungene Synthese von Wertung und Beweisführung. Das trifft u. a. auf die Schilderung der Haltung der deutschen Bourgeoisie zum Sieg der Oktoberrevolution, (S. 19), auf den Nachweis, „daß die Reaktion schon vor Ausbruch der Revolution ein durchdachtes konterrevolutionäres Konzept besaß" (S. 23), auf die Entlarvung der Taktik Noskes — ja generell auf die Analyse des Bündnisses von Militarismus und Opportunismus — oder auf die Darlegung der Schlußfolgerungen der Obersten Heeresleitung aus dem ersten Rätekongreß (S. 102) zu.

Darin widerspiegeln sich die Erfolge der marxistisch-leninistischen Historiker der DDR einschließlich der des Verf. bei der Untersuchung der Politik der Konterrevolution. Die Abhandlung enthält Aussagen, die dem Kampf der revolutionären Kräfte gewidmet sind. Dazu gehören u. a. die Ausführungen über die Entwicklung des Bewußtseins der Massen zwischen dem 3. und 10. November (S. 45 f.), über die Haltung der Berliner Arbeiter im Frühjahr 1919 (S. 154) und besonders die Antwort auf die Frage, — warum sich die „revolutionären Massen eine solche Verhunzung ihres gewaltigen Beginnens bieten ließen" (S. 63 ff). Manche Probleme hätten erläutert werden müssen oder sind infolge der notwendigen Verknappung vereinfacht worden (Stellung der Linken zur Oktoberrevolution, Taktik der Spartakusgruppe gegenüber der USPD, Gründung des Spartakusbundes, Sozialismusvorstellungen der Massen, Auftreten Radeks, Entscheidung des Gründungsparteitages in der Parlaments- und Gewerkschaftsfrage, Bedeutung der Novemberrevolution für Sowjetrußland, Politik der rechten USPD-Führung).

Ferner sind anläßlich des Jubiläums Forschungsergebnisse und Fragestellungen veröffentlicht worden, die noch keine Berücksichtigung finden konnten (Rätebewegung, Wertung der Phase nach dem 15. 1. 1919, Charakter der Revolution). Diese teilweise objektiv bedingten, kritischen Einwände mindern jedoch den hohen Aussagewert der Abhandlung unerheblich. Er wird in hohem Maße dadurch erreicht, daß der Verf. aus einer Fülle von Zeitdokumenten zitiert, die Einschätzungen Lenins und der deutschen Linken einerseits und die Selbstzeugnisse der konterrevolutionären Verschwörer andererseits in seine Darstellung gekonnt einflicht, erfrischend Thesen bürgerlicher bundesdeutscher Historiker widerlegt und Linien mitunter bis in die Gegenwart zieht. Gedichte und Auszüge aus Erinnerungen von Teilnehmern der Novemberrevolution tragen zur Auflockerung bei. Der Text wird durch verschiedenartige Illustrationen (Fotos, Holzschnitte, Reproduktionen, Skizzen) wirkungsvoll ergänzt.

G. K./D. S.

SLUB
Wir führen Wissen.